



Medienkonferenz

Falsche Medizin mit fatalen Nebenwirkungen

Das klare Nein der Schweizer Wirtschaft zur Einheitskrankenkasse

Donnerstag, 25. Januar 2007

Programm

Begrüssung

Urs Rellstab, Mitglied der Geschäftsleitung, economiessuisse

Nein zu steigenden Steuern, nein zu linker Einheitsmedizin

Gerold Bühner, Präsident economiessuisse

Keine Experimente in der Gesundheits- und Sozialpolitik

Rudolf Stämpfli, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Gesundheit muss Privatsache bleiben

Christophe Reymond, Direktor Centre Patronal

Ungesunde Steuern für Gewerbe und Mittelstand

Edi Engelberger, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband

Fragerunde



CENTRE PATRONAL



Sperrfrist bis 11.00 Uhr

Medienmitteilung

Donnerstag, 25. Januar 2007

Wirtschaft geschlossen gegen Einheitskrankenkasse

Eine Einheitskrankenkasse bringt ständig steigende Steuern und eliminiert Sparanreize im Gesundheitswesen. Betroffen sind Wirtschaft und Mittelstand. Die negativen Konsequenzen auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sind gravierend. Deshalb sagt die Wirtschaft entschieden Nein zur Einheitskrankenkasse.

Am 11. März stimmt das Volk über die Schaffung neuer Steuern ab. Für Gerold Bühler, Präsident von economiesuisse, ist klar: Die Initiative hat fatale Auswirkungen auf das Gesundheitswesen, die Sparanreize fallen weg und die Kosten steigen weiter. „Das führt zu ständig steigenden Steuern“, warnt Bühler. Die negativen Konsequenzen auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sind alles andere als sozial, die Initiative ein klassisches Eigengoal.

„Für die Arbeitgeber ist die Einheitskrankenkasse ein gefährliches Experiment“, sagt Rudolf Stämpfli, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Die Monopolstellung der Einheitskrankenkasse verschlechtert die Qualität in der Grundversorgung. Auch die Arbeitgeber tragen die Konsequenzen einer schlechteren Versorgung ihrer Mitarbeiter – zum Beispiel mit längeren Absenzen. Zudem überfordert eine Einheitskrankenkasse das Sozialversicherungssystem, ist Stämpfli überzeugt.

Auch Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass Verstaatlichungen im Gesundheitswesen nicht funktionieren, sagt Christophe Reymond, Direktor des Centre Patronal. Anstatt die Fehler der Nachbarn zu wiederholen, muss die Schweiz auf die Wachstumsbranche „Gesundheit“ setzen. Das schafft qualifizierte Arbeitsplätze.

Die Initiative trifft den Mittelstand und das Gewerbe hart. Das zeigen Modellrechnungen. Für Edi Engelberger, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, ist deshalb ein Nein zur Einheitskrankenkasse wichtig, da ein Systemwechsel unabsehbare Konsequenzen hat. Engelberger: „Es könnte zu einer neuen Vermögenssteuer auf Bundesebene kommen. Dies würde die Substanz der Gewerbetreibenden angreifen, die ihr ganzes Vermögen ins Unternehmen gesteckt haben.“

Rückfragen:

Urs Rellstab

Telefon: 044 421 35 44

urs.rellstab@economiesuisse.ch

Sperrfrist bis 11.00 Uhr



Medienkonferenz
Nein zur Einheitskrankenkasse
Donnerstag, 25. Januar 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zu steigenden Steuern, nein zu linker Einheitsmedizin

Nationalrat Gerold Bührer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 11. März entscheiden die Stimmberechtigten an der Urne über die Einheitskrankenkasse. Im Vorfeld dieser Abstimmung stellt sich die Frage, ob man nicht auch in der Gesundheitspolitik Lehren aus der Vergangenheit ziehen müsste.

Aufseiten der Linken ist dies offensichtlich nicht der Fall. Vor knapp vier Jahren verwarfen Volk und Stände die linke „Gesundheitsinitiative“ mit einem Anteil von 73 Prozent Nein-Stimmen äusserst wuchtig. Nun müssen wir an der Urne über die Einheitskrankenkasse befinden: Im Klartext geht es um eine Initiative mit sehr ähnlicher Stossrichtung und identisch negativen Auswirkungen auf unser Land. **Die Initiative unterdrückt Sparanreize, hemmt den Wettbewerb, kurbelt das Wachstum der Gesundheitskosten weiter an und führt zu ständig steigenden Steuern.** Dies zum Schaden von Mittelstand, Wirtschaftsstandort, Arbeitsplätzen und letztlich einer guten Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung.

Aus Sicht der Wirtschaft ist die Antwort auf die an der Urne gestellte Frage klar: Der linken Einheitsmedizin mit neuen Steuern, weniger Wettbewerb und in der Konsequenz mit einem Abbau von medizinischer Leistung gehört erneut eine klare Abfuhr erteilt. Das unmissverständliche Nein zur Einheitskasse wird noch dadurch unterstrichen, dass selbst Gewerkschaften bei der Unterstützung der Initiative zögern und sich auch im Lager der SP kritische Stimmen melden. Zudem hören wir vonseiten der Linken immer wieder neue Vorschläge, wie die unsinnige Initiative entschärft werden könnte. Bei der Lancierung der Initiative sprachen die Initianten von einer Abschaffung der Kopfprämien (PK der SP vom 2. Mai 2006). Anfang Januar lancierte die SP ein Modell, das die Kopfprämien beibehalten und lediglich die Prämienverbilligungen ausbauen will. Diesem Konzept widerspricht allerdings die grüne Präsidentin des Initiativkomitees, Therese Frösch (DRS1, Rendez-vous, 10. Januar 2007). Diese Hilflosigkeit unterstreicht, wie schief der Vorschlag der Einheitskasse und der Finanzierung der Prämien durch Steuern in der politischen Landschaft steht und welche gravierenden Auswirkungen die Umsetzung der Initiative letztlich hätte. Es ist das Ziel der heutigen Medienkonferenz der Wirtschaft, dies nochmals zu unterstreichen.

Die Volksinitiative „für eine soziale Einheitskrankenkasse“ beinhaltet zwei wesentliche Elemente:

- Fusion aller Krankenkassen zu einer einzigen Einheitskrankenkasse für die Grundversicherung.
- Ersatz des heutigen Systems der Kopfprämien und der Prämienverbilligung durch eine Finanzierung der Grundversicherung über Steuern (nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit).

Die Kombination von neuer Gesundheitssteuer mit der Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer Einheitskrankenkasse ergibt eine fatale Mischung:

1 Sparanreize werden auf einen Schlag eliminiert

Eine Annahme der linken Initiative würde den Wettbewerb zwischen den Krankenversicherern auf einen Schlag eliminieren. Wir wissen es: Ohne Konkurrenz entfällt auch der Zwang zum Sparen, zur Kostenkontrolle und zur Schaffung neuer Versicherungsmodelle. Doch die Nachteile zeigen sich nicht nur aufseiten der Kassen, sondern auch für die Versicherten selbst. Mit dem Wegfallen der Kopfprämien entfallen nämlich auch bei ihnen die Anreize, Kosten zu sparen. Wahlfranchisen, wie sie heute gut 40 Prozent der Versicherten nutzen, und Managed-Care-Systeme wären mit einem Schlag nicht mehr möglich oder zumindest nicht mehr attraktiv. Denn kostengünstiges Verhalten würde nicht mehr mit Prämienrabatten belohnt. Wieso soll der Einzelne sparen, wenn die Gesundheitskosten ohnehin mit den Steuern bezahlt werden?

Die Konsequenz der Einheitskrankenkasse ist völlig klar: **Die Eliminierung von Sparanreizen bei den Prämien schmälert das Kostenbewusstsein der Versicherten.** Zusammen mit dem Wegfallen des Wettbewerbs unter den Kassen wird die Kostenexplosion im Gesundheitswesen erneut angeheizt. Das gilt im Übrigen auch auf der kantonalen Ebene. Das heutige System erlaubt eine kantonale Differenzierung der Gesundheitskosten. Eine schweizweite Einheitskasse würde letztlich zu einer Einheitsprämie bzw. zu einer schweizweit identischen Gesundheitssteuer führen. **Kantone, die ihre Gesundheitskosten im Griff haben, würden bestraft.** Anreize, die Gesundheitskosten tief zu halten, würden verschwinden. Da mögen die Initianten noch so lange das Gegenteil behaupten. **Neue Ungerechtigkeiten und ein Kostenschub wären vorprogrammiert.** Das zeigt ein Blick ins Ausland, wo Einheitskassen zu einer ungerechten Zweiklassenmedizin führten.

2 Steuerspirale dreht sich weiter

Doch nun zur zweiten Stossrichtung der Initiative, dem Wechsel des heutigen Finanzierungssystems der Grundversicherung. Die Kopfprämie mit Prämienverbilligung soll durch eine Finanzierung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ersetzt werden. Der Systemwechsel bleibt relativ vage. Auch wenn kürzlich anderes behauptet wurde, sicher ist: Aus Prämien werden Steuern. **Die Auswirkungen des Systemwechsels wären gravierend. Im Jahr 2005 kostete die Grundversicherung gut 20 Milliarden Franken. Neu müsste dieser Betrag vollständig über Steuern finanziert werden. Gesamtwirtschaftlich betrachtet würde die Fiskalquote von heute 30 Prozent auf rund 35 Prozent hochschnellen.** Schon in den 90er-Jahren ist sie gestiegen wie in keinem anderen Land – wegen Mehrausgaben für Gesundheit und Sozialversicherungen. Durch diese Verdrängung müssen sich die für das Wirtschaftswachstum bedeutenden Aufgabenbereiche wie Bildung oder Verkehr mit einem kleineren Anteil des Haushaltbudgets begnügen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass aufgrund der Konstruktionsfehler der Einheitskasse die Kosten der Gesundheit ständig weiter steigen würden. Von den möglichen Varianten für die konkrete Umsetzung der Initiative ist eine schlechter als die andere. Wollte man die Mehrwertsteuer heranziehen, müsste sie ungefähr auf 15 Prozent verdoppelt werden – eine massive Mehrbelastung für Konsumenten und Wirtschaft. Würde die Gesundheitssteuer als direkte Bundessteuer eingezogen, würde sich die direkte Bundessteuer mehr als verdoppeln. Die Krankenversicherer haben ein eigenes Modell durchgerechnet. Sie kommen zum Schluss, dass eine Gesundheitssteuer 15 Prozent des steuerbaren Einkommens betragen müsste. Bereits mittlere Einkommen würden in erheblichem Ausmass zusätzlich belastet.

Beispiel:

- Familie, 1 Kind
- wohnhaft im Kanton Zug
- 80'000 Franken Bruttojahreseinkommen
- kein Vermögen

Nettoprämie heute	Fr. 3365.–
mit Wahlfranchisen	
Vater Fr. 1500.–	
Mutter Fr. 1000.–	
Kind Fr. 0.–	
Nettoprämie mit Einheitskrankenkasse	Fr. 5460.–
Differenz	Fr. 2095.–

Eines ist klar: Letztlich müssen die Kosten der Grundversicherung auf irgendeine steuerliche Art finanziert werden. Angesichts der Dimension der Kosten würden alle Steuerzahler erheblich zur Kasse gebeten. Eine Variante, mit der die Linke immer wieder liebäugelt, besteht darin, die Progression auf einen Schlag massiv zu verschärfen und zudem eine Vermögenssteuer auf Bundesebene einzuführen. Eine Abwanderung von guten Steuerzahlern mit massiv negativen Folgen für die öffentlichen Haushalte wäre die Konsequenz.

3 Die Einheitskrankenkasse ist alles andere als sozial

Die Initiative spricht von einer „sozialen“ Einheitskasse. Doch das Versprechen kann die Einheitskasse nicht einhalten. **Die Einheitskrankenkasse und die neuen Gesundheitssteuern sind ein klassisches Eigengoal.** Heute geniesst die Schweiz dank einem attraktiven Steuerumfeld viele Wettbewerbsvorteile. Diese Vorteile dürfen wir nicht leichtfertig aufgeben. Denn steigende Steuern treiben gute Steuerzahler aus dem Land und schwächen unseren Wohlstand. Wenn deren Steuern in Zukunft alle anderen bezahlen müssen, resultiert eine grössere Belastung des Mittelstands. Bleibt die Schweiz hingegen steuerlich attraktiv, wird es auch in Zukunft gelingen, gute Steuerzahler anzuziehen und die Belastung der Bevölkerung niedrig zu halten. So stärken wir Konsum und Investitionen, so schaffen wir Wachstum. Das bedeutet mehr Arbeitsplätze und höhere Löhne. **Im Endeffekt ist die „soziale“ Einheitskrankenkasse das Gegenteil von sozial.** Sie führt zu einer Steuerexplosion, ohne Probleme im Gesundheitswesen anzupacken. Die neuen Steuern schaden dem Standort und gefährden damit Arbeitsplätze.

Fazit

Die Wirtschaft lehnt die Einheitskrankenkasse und neue Steuern entschieden ab. Die untaugliche Initiative eliminiert Sparanreize im Gesundheitswesen, sie führt zu ständig steigenden Steuern und sie ist in ihren Folgen alles andere als sozial.

Sperrfrist bis 11.00 Uhr



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE

Medienkonferenz

Nein zur Einheitskrankenkasse

Donnerstag, 25. Januar 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Keine Experimente in der Gesundheits- und Sozialpolitik

Rudolf Stämpfli, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Arbeitgeberverband verfolgt die Entwicklungen im Gesundheits- und Krankenversicherungsbereich seit jeher intensiv und begleitet die im Parlament laufenden Reformprojekte in der obligatorischen Krankenversicherung. Auch uns erfüllt die teils hohe und steigende Prämienlast mit Sorge. Wir haben daher Reformschritte stets begrüsst, die konstruktiv und verantwortungsvoll in das bestehende System eingreifen und ein hochstehendes, effizientes Gesundheitswesen für alle sichern. Die zur Abstimmung stehende Einheitskrankenkasse bringt aber nicht einmal ansatzweise Lösungen. Ganz im Gegenteil! Mit einer staatlichen und monopolistischen Einheitskasse würde die Konkurrenz als Korrektiv fehlen, sodass sich unser Gesundheitswesen sowohl preislich als auch qualitativ deutlich verschlechtern würde. Für die Arbeitgeber und die Wirtschaft ist die Einführung einer Einheitskasse ein gefährliches Experiment und ein unumkehrbarer Schritt mit negativen Auswirkungen für das Gesundheitswesen und das gesamte Sozialversicherungssystem. Deshalb lehnt der Schweizerische Arbeitgeberverband diese Vorlage entschieden ab.

Ich möchte im Folgenden die Probleme einer sozialistischen Einheitskrankenkasse und deren negativen Implikationen noch etwas detaillierter ausführen. Ich nenne drei entscheidende Gründe:

1 Monopolstellung der Einheitskrankenkasse bringt schlechte Qualität in der Gesundheitsversorgung

Zwar ist der Leistungskatalog in der Grundversicherung im Grundsatz definiert. Ein Monopolssystem schafft aber auch ein Einheitsleistungsangebot im Servicebereich, sodass die Versicherten dem einzigen Anbieter völlig ausgeliefert wären. Nur ein Anbieter würde über das Angebot und den Preis bestimmen. Erfahrungen aus anderen Märkten, aber auch Erfahrungen mit Einheitskassen in anderen Ländern belegen, dass eine solche Marktmacht praktisch immer zulasten des Kunden, d.h. des Patienten geht. Um Kosten zu sparen, lassen Einheitskassen die Patienten warten und verzögern die Zulassung von neuen Therapien. Das Nachsehen haben die Patienten, die keine Ausweichmöglichkeiten mehr haben. Es käme zur Staatsmedizin. Da auch eine Einheitskasse unter Druck geraten würde, die Kostensteigerungen in den Griff zu bekommen, würde sie auf die absoluten Kosten abstellen und über Rationierung oder einen verspäteten Zugang zu neuen Therapien versuchen, die Kosten zu bremsen.

2 Einheitskrankenkasse macht Kostenbewusstsein zunichte

Eine Monopolkasse hat auch keinen Anreiz, in den Service für die Versicherten zu investieren oder neue Versicherungsmodelle anzubieten. Mit einer Einheitskasse fehlt der Markt, der Anstrengungen zu mehr Effizienz belohnen würde. Das Kostenbewusstsein von Patienten würde in einem Einheitskasernenmodell keine Rolle mehr spielen. Alternative Modelle wie HMO oder Hausarztmodelle würden verschwinden. Die Leistungserbringer wie Ärzte und Spitäler müssten die Vorgaben der Einheitskasse erfüllen.

3 Einheitskrankenkasse würde unser Sozialversicherungs- und Gesundheitssystem überfordern

Eine Einheitskasse würde unser komplexes Sozialversicherungs- und Gesundheitssystem überfordern. Bereits heute gibt die öffentliche Hand, d.h. Bund, Kantone und Gemeinden die Hälfte ihres Budgets für das Sozialversicherungs- und Gesundheitswesen aus. Die Sicherung unseres Gesundheits- und Sozialversicherungssystems wird allein schon demografiebedingt auch künftig weiter zunehmen. Forderungen nach entsprechenden Steuererhöhungen – sowohl für die Lohnprozente als auch die Mehrwertsteuer – sind bereits vorhanden: für die Arbeitslosenversicherung, die Erwerbsersatzordnung, die IV und mittelfristig auch für die AHV. Auch ohne Experimente wie die Einheitskasse wird die Sicherung all dieser Sozialwerke weitere Steuermittel verschlingen. Wir treten daher für konstruktive Reformen ein, um die Ansprüche an den Staat auf ein gesundes Mass zu begrenzen. Ein konstruktiver Reformschritt hat beispielsweise das Parlament mit der 5. IV-Revision beschlossen: So sollen negative Anreizmechanismen gezielt eliminiert und die Erwerbsintegration gefördert werden, damit die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder enger wird. Es wäre äusserst unsinnig, jetzt im Gesundheitswesen mit einer Einheitskasse ein Experiment zu wagen, welches gerade solche negative Anreizmechanismen verkennt und einer Mengenausweitung im Gesundheitssektor noch weiter Vorschub leistet.

Fazit

Meine Damen und Herren, der Schweizerische Arbeitgeberverband hat sich immer für vernünftige, d.h. finanziell nachhaltige und sozialverträgliche Reformen im Sozialversicherungs- und Gesundheitswesen eingesetzt. Die Einheitskasse ist weder nachhaltig noch sozialverträglich. Die Einheitskasse droht unser komplexes Gesundheits- und Sozialversicherungssystem mit neuen und verzerrenden Umverteilungen zu überladen. Die Bildung einer Einheitskasse wäre ein schwerwiegender Eingriff in unser Gesundheits- und Sozialversicherungssystem – ein Experiment, welches mittelfristig nur Verlierer schaffen wird. Verloren gingen die Qualität und die breite Zugänglichkeit zu einer hochstehenden und nachfragegesteuerten Medizin. Verloren ginge jegliches Kostenbewusstsein. Die Wirtschaft hätte aufgrund einer Staatsmedizin aber noch zusätzliche indirekte Kosten zu tragen: dies in Form von längeren Absenzen aufgrund einer qualitativ schlechteren Gesundheitsversorgung. Auch die Rekrutierung von dringend gesuchten Spezialisten im Ausland würde mit der schwindenden Attraktivität der Schweiz als Arbeitsort schwieriger.

Für uns ist es keine Frage, dass die hohe Kosten- und Prämienentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenversicherung besser auf die Wirtschaft und die Arbeitswelt abgestimmt werden muss. Die Einheitskasse löst aber keine Probleme. Sie vergrössert sie.

Medienkonferenz

Nein zur Einheitskrankenkasse

Donnerstag, 25. Januar 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Gesundheit muss Privatsache bleiben

Christophe Reymond, Direktor des Centre Patronal, Paudex

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweiz gehört zu den OECD-Ländern mit den höchsten Gesundheitsausgaben, nämlich 11,5 Prozent des BIP (nach den zuletzt veröffentlichten Zahlen von 2003). Das ist etwa gleich viel wie in Deutschland (11,1 Prozent), aber deutlich weniger als in den Vereinigten Staaten (15 Prozent) ausgegeben wird. Die Gesundheitsausgaben in der Schweiz sind aber höher als in vielen Ländern, mit denen wir uns gerne vergleichen (Frankreich 10,1 Prozent, Italien 8,4 Prozent, Grossbritannien 7,7 Prozent). Diese Länder haben allerdings ein unentgeltliches staatliches System, ergänzt mit einem kostenpflichtigen privaten Sektor. Punkto Leistungen lassen sich die staatlichen Systeme nicht mit demjenigen der Schweiz vergleichen.

Misserfolge des Etatismus

Staatliche Interventionen – auch im Gesundheitswesen – geniessen nach wie vor Sympathien. Und dies trotz Misserfolgen. Denn Länder mit einem mehr oder weniger verstaatlichten Gesundheitswesen stehen schlecht da – man denke nur an die „Sécu“ in Frankreich, die vor dem finanziellen Ruin steht, an die Zwei-Klassen-Medizin in Grossbritannien oder an die gravierende Misere in den öffentlichen Krankenhäusern in Italien. In der Schweiz vermag das Teilmonopol der SUVA den starken und seit Jahren regelmässigen Prämienanstieg nicht einzudämmen. Das macht vielen Unternehmen schwer zu schaffen.

Legitimer Qualitätswettbewerb

Die hohen Ausgaben in der Schweiz haben gute Gründe: Die Qualität der Gesundheitsdienstleistungen ist hoch, die Grundversorgung ist allen zugänglich – ein äusserst leistungsfähiges System. Eine längere Lebensdauer, technischer und medizinischer Fortschritt haben aber ihren Preis. Die Kosten werden auch in Zukunft steigen. Auf den Punkt gebracht kostet die Medizin immer mehr, damit man immer älter werden kann, was wiederum immer mehr kostet...

Die jetzige Situation ist ein Indiz für einen steigenden Lebensstandard und eine steigende Lebensqualität. Wer dagegen kämpft, durchkreuzt den legitimen Anspruch des Einzelnen, sein persönliches Wohlbefinden zu verbessern. Vielmehr sollte das Wachstum dieses Wirtschaftssektors begrüsst werden. Das Wachstum schafft qualifizierte Arbeitsplätze (in der Schweiz heute über 500'000) und treibt Forschung und Spitzentechnologie voran.

Gesundheit: Motor des Wirtschaftswachstums

Das zunehmende Gewicht des Gesundheitssektors gehört zu den Merkmalen unserer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Neben dem klassischen Gesundheitsmarkt, der sich auf die Genesung konzentriert, entsteht heute ein neuer Markt mit Produkten und Dienstleistungen, die das Ziel der Gesundheitsprävention und -förderung haben. Die steigende Nachfrage in Marktsegmenten wie „Bio“-Produkte, Wellness, Functional Food oder ästhetische Chirurgie sind anschauliche Beispiele dafür.

Viele Konsumenten geben immer häufiger neben den obligatorischen Beiträgen an die Krankenkasse auch einen Teil ihrer privaten Ersparnisse für die Gesundheit und die Gesundheitsförderung aus. Das treibt die Anbieter an, neue Produkte zu entwickeln. Neben Produkten, die neu auf den Markt kommen, entstehen ebenfalls neue Finanzierungsmodelle. Zuerst testen die Anbieter ihre Entwicklungen auf einem begrenzten Markt an einer kleinen Zielgruppe kaufkräftiger Patienten bzw. Kunden. Diese bezahlen das Angebot aus der eigenen Tasche. Erst später werden die Innovationen gegebenenfalls zu „Gemeingut“ und gleichzeitig zum Teil der Grundversicherung.

Die Schweiz soll daher auf internationaler Ebene ihre Position als „Gesundheitsland“ ausbauen. Das gilt für die klassische Medizin, für die sich die Schweiz als renommiertes Chirurgie- und Medizinzentrum etabliert hat, und auch für die Ansiedlung von Industrie und Forschung. Ausserdem ist die Schweiz ein beliebtes Ziel für den Gesundheitstourismus. Aus diesen Gründen ist es wichtig, dass der Markt sich frei entwickelt. Genauso offensichtlich ist es, dass der Markt nicht vom Staat, sondern von der Privatwirtschaft gelenkt werden muss. Die Einheitskrankenkassen-Initiative zielt hingegen darauf ab, den gesamten „klassischen“ Gesundheitssektor mit einer Einheitsverwaltung zu überziehen. Das bedroht die Entwicklung der ganzen Branche.

Medienkonferenz
Nein zur Einheitskrankenkasse
Donnerstag, 25. Januar 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Ungesunde Steuern für Gewerbe und Mittelstand

Nationalrat Edi Engelberger, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband

Sehr geehrte Damen und Herren

Die vorliegende Volksinitiative für eine Einheitskrankenkasse hat für die Schweizer Wirtschaft und insbesondere für Mittelstand und Gewerbe negative Folgen. Das zeigen erste Modellberechnungen. Die Initianten wollen die Gesundheitskosten neu über Steuern finanzieren und gleichzeitig den Wettbewerb ausbremsen. Das führt zu ständig steigenden Steuern, steigenden Gesundheitssteuern. Die Konsequenzen einer solchen Politik wurden bereits erläutert. Wachsende Steuern entziehen der Wirtschaft Kaufkraft, dies insbesondere zum Schaden des Gewerbes.

Im Folgenden möchte ich zwei Problemfelder aufgreifen, die für Gewerbetreibende relevant sind:

- die wachsende Belastung für den Mittelstand;
- die Konsequenzen einer Vermögenssteuer für das Gewerbe.

1 Neue Belastungen für den Mittelstand

Mit der Initiative sollen die Kopfprämien abgeschafft und die Versicherten neu nach „wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit“ besteuert werden. Bereits der Begriff ist nebulös. Was er genau beinhaltet, wissen auch die Initianten nicht.

Mit einer Bemessung nach Einkommen wird vor allem der bereits heute arg gebeutelte Mittelstand belastet. Gemäss Vorschlag der Linken wird für die Besteuerung nämlich eine Obergrenze der Einkommen festgelegt (Medienkonferenz SP 2. Mai 2006). Damit will die SP die Fehler ihrer vor vier Jahren kläglich gescheiterten Initiative ausbessern. Der Vorschlag räumt ein, dass die Gefahr besteht, gute Steuerzahler zu vertreiben! Die Folge der Obergrenze jedoch ist eine Mehrbelastung des Mittelstands.

Einfache Mustervergleiche veranschaulichen, wen die Ungerechtigkeiten am meisten treffen: Eine Walliser Familie mit Kind und einem Bruttojahreseinkommen von 70'000 Franken (ohne Vermögen) zum Beispiel bezahlt heute im Wallis 2'164 Franken Krankenkassenprämien. Nach dem neuen System und dem Wegfall der Prämienverbilligungen müsste diese Familie neu 4'185 Franken zahlen. Fast das Doppelte also.

Auch wenn die ursprünglichen Annahmen der Linken bereits wieder Makulatur sind und sie nun doch zu einer Reichtumssteuer neigen, die Initiative bleibt für den Mittelstand ein grosses steuerliches Risiko.

2 Konsequenzen von Vermögenssteuern für das Gewerbe

Ein weiteres Beispiel zeigt: Mit der Initiative kauft man steuerlich gesprochen die Katze im Sack. Die Volksinitiative für eine Einheitskrankenkasse lässt, was die Finanzierung betrifft, fast alles offen. Klar ist nur, dass die Kosten für die Grundversicherung auch weiterhin finanziert werden müssen. Besondere Sorge bereitet aus Sicht des Gewerbes, dass zur Finanzierung der Einheitskasse auch eine eidgenössische Vermögenssteuer in Frage kommt.

Das Vermögen wird heute im steuerlichen Bereich für die Bundesebene nicht definiert. Zur Finanzierung der Krankenversicherung gemäss Einheitskasse müsste eine neue Vermögenssteuer eingeführt werden. Auf die Kantone kann dabei nicht verwiesen werden, denn die kantonalen Vermögenssteuersysteme sind in vielen Bereichen unterschiedlich. Auch das Steuerharmonisierungsgesetz vermag die Unterschiede in diesem Ausmass nicht auszugleichen. Eine neue Vermögenssteuer belastet insbesondere Personengesellschaften und Selbstständige. Gewerbetreibende haben oft ihr ganzes Kapital in das Unternehmen investiert. Wird es besteuert, zahlen sie doppelt – einerseits mit höheren Gesundheitssteuern als Prämienzahler und andererseits mit den Steuern auf dem Vermögen.

Im schlimmsten Fall kommt es in Kombination mit den bestehenden Vermögenssteuern auf Kantons- und Gemeindeebene und einer neuen Bundesvermögenssteuer zu einer derart grossen finanziellen Mehrbelastung, dass die direkte wirtschaftliche Substanz der Gewerbetreibenden angegriffen wird. Aus genau diesem Grund wurde bereits 1959 die damalige Bundesvermögenssteuer abgeschafft. Mit der Schaffung einer weiteren Vermögenssteuer zur Finanzierung der Krankenversicherung würde ein neuer Verwaltungsapparat eingeführt. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand wäre mit grossen administrativen Kosten verbunden. Dazu kommen Probleme der Vermögensbewertung, die wir bereits von den kantonalen Vermögenssteuern kennen. Zudem wäre die Schweiz in Europa einer der wenigen Staaten mit einer solchen Vermögenssteuer.

Das Beispiel zeigt: Die Einheitskrankenkasse ist ein steuerliches Abenteuer. Wie auch immer es ausgestaltet wird, es wird auch für das Gewerbe negative Konsequenzen haben.

Fazit

Die steuerliche Mehrfachbelastung von Mittelstand und Gewerbe durch die Einheitskrankenkasse ist äusserst ungerecht. Mit der Einführung einer Vermögenssteuer auf Bundesebene werden Gewerbetreibende, Inhaber von KMU und Selbstständige doppelt bestraft. Das heutige System der Kopfprämien hat sich bewährt. Die Prämienverbilligungen federn die Belastung wo nötig ab. Es braucht keine neuen Steuern.